15.03.1999

Antrag

der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Tierschutz stärken - Verarbeitungsprämie für Kälber sofort abschaffen!

I. Der Landtag stellt fest:

Zur Verringerung der Rindfleischüberschüsse in der Europäischen Union wurde bereits 1992 eine Verarbeitungsprämie für die Schlachtung sehr junger Kälber beschlossen, die für das Töten von neugeborenen Kälbern unter 20 Tagen gezahlt wird. Bis 1996 war den einzelnen Mitgliedstaaten die Anwendung dieser Prämie freigestellt. Die Bundesrepublik hatte sich bereits damals aus prinzipiellen ethischen Gründen gegen die Anwendung der Verarbeitungsprämie entschieden.

Im Jahr 1996 hat die Europäische Kommission infolge des BSE-Geschehens im Rahmen eines Maßnahmenbündels zur Stabilisierung des Rindfleischmarktes vorgeschlagen, die Anwendung der Verarbeitungsprämie für die Mitgliedstaaten obligatorisch vorzuschreiben. Zusammen mit anderen Mitgliedstaaten konnte die Bundesrepublik dies verhindern und statt dessen die Einführung der Frühvermarktungsprämie für Kälber (Schlachtung vor Erreichen des Endmastgewichtes) durchsetzen, die alternativ zur Verarbeitungsprämie angewandt werden konnte. In Deutschland wurde daraufhin die Frühvermarktungsprämie angeboten. Frankreich, Spanien, England und Portugal u.a. haben sich für die Verarbeitungsprämie entschieden.

Regelungen wie die Auslobung einer Verarbeitungsprämie sind auf EU-Ebene nur möglich, weil der Tierschutz gegenüber den wirtschaftlichen Überlegungen innerhalb der Europäischen Union einen deutlich geringeren Stellenwert hat. Dies läßt sich daran erkennen, daß der Tierschutz lediglich im Protokoll zum Vertrag von Amsterdam und nicht wie die vielfältigen wirtschaftlichen Aspekte im Vertrag selbst aufgeführt ist. Durch dieses Mißverhältnis kommt es zwangsläufig immer wieder zu Entscheidungen, bei denen Tierschutzbelange gegenüber wirtschaftlichen Aspekten in den Hintergrund treten.

Folge davon war, daß zahlreiche Transporte von unter 20 Tagen alten Kälbern unter rechtlich nicht zu beanstandenden, aber unter Tierschutzaspekten unwürdigen Bedingungen über sehr lange Strecken zur Verarbeitung zu Tiermehl stattfanden, um aus

Datum des Originals: 15.03.1999/Ausgegeben: 15.03.1999

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.

wirtschaftlichen Erwägungen die in Frankreich und Spanien gezahlte Verarbeitungsprämie anstelle der Frühvermarktungsprämie zu erlangen.

Seit dem 1. Dezember 1998 gibt es wieder nur noch eine freiwillige Verarbeitungsprämie, so daß die alternativ in Deutschland gezahlte Frühvermarktungsprämie nicht mehr gezahlt werden darf. Initiativen des Bundesrates sowie der alten Bundesregierung, die Ausnahmeregelungen für die Zahlung der Frühvermarktungsprämie wenigstens bis zur Verabschiedung der Agenda 2000 zu verlängern, fanden im Ministerrat keine Mehrheit.

Dadurch hat sich der finanzielle Anreiz zur Inanspruchnahme der Verarbeitungsprämie in anderen Mitgliedstaaten noch erheblich erhöht, so daß die Forderung nach der Abschaffung dieser Prämie noch dringlicher wird.

II. Der Landtag begrüßt, daß

- auf Landesebene bereits 1996 auf erste Berichte über die bedenkliche Praxis direkt reagiert und mit einem Erlaß der Versuch unternommen wurde, den Transport von unter 20 Tagen alten Kälbern zum Zwecke der Erlangung der Verarbeitungsprämie zu unterbinden;
- auf Bundesebene die Tierschutztransportverordnung dahingehend geändert wurde, daß Kälber von weniger als 14 Tagen Lebensalter generell seit dem 1. Januar 1998 als transportunfähig erklärt wurden;
- sich Agrarministerkonferenz, Bundesrat und Bundesregierung gemeinsam für die Abschaffung der Verarbeitungsprämie auf EU-Ebene eingesetzt haben.

III. Der Landtag hält die Aufrechterhaltung der Verarbeitungsprämie für Kälber aus ethischen Gründen des Tierschutzes für nicht verantwortbar und bittet vor diesem Hintergrund die Landesregierung, über eine Initiative im Bundesrat die Bundesregierung aufzufordern:

- sich dafür einzusetzen, daß Tierschutz endlich als verbindliches Ziel im EU-Vertrag verankert und damit verstärkt wird und
- daß die Verarbeitungsprämie in der EU sofort abgeschafft wird.

Prof. Dr. Manfred Dammeyer
Edgar Moron
Horst Steinkühler

und Fraktion

Laurenz Meyer
Eckhard Uhlenberg
Marie-Luise Fasse
Wilhelm Krömer
Heinrich Kruse
Albert Leifert
Wilhelm Lieven
Clemens Pick
Hermann Josef Schmitz

und Fraktion

Roland Appel
Christiane Bainski
Sylvia Löhrmann
Silke Mackenthun
Siegfried Martsch

und Fraktion